

Der böse gute Wille

Perspektiven

Westliche Gesellschaften sind angesichts der Masseneinwanderung nicht mehr in der Lage, sich selbst zu schützen.

VON LOTHAR FRITZE

Deutschland befindet sich in einem Kulturkampf. In dessen Mittelpunkt steht die Frage, ob nationale Identität und kulturelle Homogenität weiterhin als Werte gelten, die zu verteidigen rational und legitim sein kann. Zwei Grundpositionen stehen sich gegenüber:

Die Pro-Position wird vornehmlich von konservativen Intellektuellen und wenigstens intuitiv von großen Teilen der Bevölkerung vertreten. Ein Hauptmotiv der Vertreter dieser Position ist auf ein inhaltlich bestimmtes Ziel gerichtet, nämlich die Existenzsicherung des deutschen Volkes und die Bewahrung seiner Kultur. Ein anderes Hauptmotiv entspringt einer antitotalitären Grundhaltung, die gesellschaftlichen Umwälzungen großen Stils skeptisch gegenübersteht und alle Versuche ablehnt, Weltverbesserungspläne durch radikale Überwindung des Hergebrachten und Bestehenden auch gegen den Willen der davon Betroffenen durchzusetzen.

In der Flüchtlingskrise, die ganz wesentlich eine Migrationskrise ist, plädieren die Vertreter der Pro-Position dafür, Asylsuchende und Flüchtlinge im Rahmen des moralisch und rechtlich Gebotenen aufzunehmen beziehungsweise ihnen vorübergehend Schutz zu gewähren. Einwanderung hingegen wollen sie möglichst dosieren und nur im nationalen Interesse gewähren.

Die Kontra-Position scheint von großen Teilen der politisch-medialen Klasse vertreten zu werden. Das langfristig angelegte gesellschaftliche Projekt der Vertreter dieser Position ist die globale multikulturelle Gesellschaft. Der Weg dorthin führt über eine Forcierung von Einwanderung sowie die sukzessive Entmachtung von Nationalstaaten durch Souveränitätsverzicht und eine Verlagerung von Kompetenzen auf supranationale Ebenen. Zugleich verfolgt man eine Idee umfassender sozialer Gerechtigkeit und Gleichheit und beschreitet den Weg einer möglichst weitgehenden, über die bloßen Daseinsicherungen des Sozialstaates hinausgehenden Umverteilung innerhalb der nationalen Gemeinschaften und zwischen ihnen. Am Endpunkt dieser Entwicklung soll eine ethnisch und kulturell unifizierter Weltgesellschaft von Gleichem stehen, deren Kommen man auch gegen Widerstände der Völker beschleunigen möchte.

In der Flüchtlingskrise begrüßen die Vertreter der Kontra-Position die Masseneinwanderung. Sie betrachten Einwanderung grundsätzlich positiv, weil sie zur ethnischen und kulturellen Durchmischung und damit zum Abbau nationaler Beharrungskräfte führt. Direkt oder indirekt befürworten sie eine Niederlassungsfreiheit für jedermann. Sie sind die ideologischen Träger der „Willkommenskultur“.

In der politischen Auseinandersetzung der Gegenwart sind die Vertreter der beiden gegensätzlichen Positionen die we-



Ein allzu vertrautes Bild.

Foto: Sven Hoppe/da

sentlichen Akteure. Die Hauptmethode der Kampfführung der universalistisch, internationalistisch und multikulturell gemäßigten Protagonisten besteht allerdings nicht im Ausbreiten von Argumenten, sondern in der moralischen Beschwörung derjenigen, die – durchaus verfassungskonform – am Fortbestand des deutschen Volkes und des deutschen Nationalstaates interessiert sind und die nationale Identität erhalten möchten.

Diese Methode der Kampfführung widerspricht dem Geist der Demokratie. Durch die Behinderung der Äußerung von Gedanken und des Austauschs von Argumenten wird der sich in der öffentlichen Debatte herausbildende Allgemeinwille manipuliert. Es handelt sich um eine Methode, die die Funktionsfähigkeit der Demokratie langfristig infrage stellt.

Wer über die Zukunft Europas nachdenkt, sollte sich die Einlassung des algerischen Staatspräsidenten Houari Boumediennes in einer Rede vor der Generalsammlung der Vereinten Nationen vom April 1974 vergegenwärtigen: „Limes Tages werden Millionen von Menschen die südliche Hemisphäre verlassen, um in die nördliche Hemisphäre zu wandern. Und sie werden nicht als Freunde kommen, sondern als Eroberer. Und sie werden sie mit ihren Kindern erobern. Die Bäume unserer Frauen werden uns den Sieg verschaffen.“

Was vielleicht damals noch als Spinnerei oder leere Drohung abgetan werden konnte, wird man heute als ein mögliches, ja wahrscheinliches Szenario betrachten. Und man wird sich fragen: Werden die westlichen Gesellschaften zum Selbstschutz überhaupt noch in der Lage sein? Die administrative Fähigkeit demokratischer Verfassungsstaaten, Einwanderung und Integration zu steuern, gilt schon heute als gering. Nicht vorausgesehen und nicht gewünschte Folgen werden ausgeblendet.

Für die kommenden Jahrzehnte wird ein exzessives Bevölkerungswachstum in Afrika und den Ländern des Nahen und Mittleren Ostens erwartet. In den damit

verbundenen Verteilungskämpfen wird es nicht nur um Güter, sondern auch um Lebensräume und den Zugriff auf Ressourcen gehen. Zugleich müssen wir mit dem Zusammenprall unvereinbarer Ideologien rechnen. Interessenskonflikte sollten möglichst kooperativ beigelegt werden. Unter Bedingungen der Knappheit ist aber immer auch mit Konflikten zu rechnen, für die es keine für alle Beteiligten akzeptable Lösung gibt.

Diese Erkenntnis ist wichtig, weil sich Anhänger der „Willkommenskultur“ der Illusion hingeben, sie könnten solche Lösungen, und würden nur durch Egoisten, Irrationale oder Ewiggestrige an ihrer Realisierung gehindert. Tatsächlich aber bewirkt die Gewährung eines unbeschränkten Niederlassungsrechtes die Selbstzerstörung, und diese Selbstzerstörung tritt ein, lange bevor die Duldung einer Masseninvastation an den Verhältnissen in den geburtsstarken, aber wirtschaftsschwachen Herkunftsländern etwas merklich geändert hätte. Das heißt aber: Der Westen muss sich mit dem Gedanken vertraut machen, dass es nicht für alle sozialen Probleme auf der Welt durchschlagende Lösungen gibt, die mit den Idealvorstellungen, ja vielleicht noch nicht einmal mit den Minimalvorstellungen einer planetaren Menschenrechtsgesellschaft in Übereinstimmung zu bringen sind.

Trotz allerlei Verlautbarungen, die ein Umdenken in manchen Politikerkreisen signalisieren, deutet noch immer nichts darauf hin, dass die einzigen Maßnahmen, die sowohl einer unerwünschten Masseneinwanderung als auch einer Islamisierung Europas effektiv entgegensteuern könnten, tatsächlich ergriffen werden: ein Stopp der Einreise nicht Einreiserechtigter (einschließlich der auf See Getreteten), die konsequente Rückführung abgelehnter Asylbewerber, die Beendigung des Aufenthaltsrechts für Flüchtlinge nach Wegfall der Fluchtgründe und eine deutliche Begrenzung des Familiennachzugs. Durch diese Maßnahmen würden keine „europäischen Werte“ zerstört, sondern es würde jene Lebensform bewahrt, in der diese Werte gelebt werden können. Selbst wenn

man gegen alle Wahrscheinlichkeit annimmt, dass sämtliche Zuwanderer sich darum bemühen, ihren Lebensunterhalt selbst zu verdienen, und die Verfassungs- und Rechtsordnung anerkennen, verändern sie doch die Kultur des Landes derart, dass Verfassungsgrundsätze künftig im Lichte der neu etablierten Lebensformen sowie der Scharia interpretiert würden. Die dadurch in Gang gesetzten Wandlungsprozesse könnten in einem Tempo voranstreben, das viele Einheimische überfordert und ihr gewohntes Leben zerstört.

Angesichts dieser Aussichten scheint die Politik der Strategie zu folgen, das allgemeine Dämmern der Einsicht, dass der sich bereits vollziehende „Bevölkerungsaustausch“ unumkehrbar zu werden droht, möglichst lange hinauszuzögern. Eine Mischung aus gesinnungsethisch aufgeladener Irrationalität, politischer Infantilität und Parteienkalkül hat uns in diese Lage gebracht. In zynischer Weise setzt man nunmehr auf einen Gewöhnungseffekt und zugleich darauf, dass die Dynamik der Veränderungen dazu zwingt, sich mit dem dann Unveränderlichen zu arrangieren.

Die Lage, in der wir uns befinden, ist menschengemacht, ja zumindest ein Stück weit, politisch gewollt. Wer gegensteuern möchte, muss die Herrschaftsverhältnisse ändern. In einer Demokratie ist dies nur auf dem Wege von Wahlen möglich. Der entscheidende Schritt, den dazu nötigen Bewusstseinswandel einzuleiten, ist die Entlarvung jener Ideologie, die der „Willkommenskultur“ zugrunde liegt. Denn sie ist nicht mehrheitsfähig und deshalb ausformuliert öffentlich nicht vertretbar. Wären die Vertreter der kosmopolitischen und antinationalen Grundposition gezwungen, die Implikationen ihres Denkens offenzulegen, die voraussichtlichen Folgen ihrer Politik abzuschätzen und ihre Gesellschaftsvorstellungen zu beschreiben, würde die innere Unplausibilität ihrer Position für jedermann sichtbar werden. Es würde der utopische, unrealistische Charakter dieses Denkens entlarvt. Vor allem aber würde vielen Menschen bewusst werden, dass die gesellschaftlichen Eliten Ziele verfolgen, die sie nicht teilen.

Noch befinden sich die Vertreter der „Willkommenskultur“ im Angriffsmodus. Indem sie die Positionierung in der Einwanderungskrise zu einer Frage der Moral gemacht haben, scheinen sich nur ihre Gegner rechtfertigen zu müssen. Stattdessen sollten die Anhänger der Masseneinwanderung genötigt werden, Farbe zu bekennen. Es wird dann schlagartig deutlich, dass sie ein soziales Experiment verfolgen, das die Bevölkerung nicht wünscht und, wie alle Groß-Experimente zuvor, nur scheitern kann.

Unser Autor



Lothar Fritze wurde 1954 in Karl-Marx-Stadt geboren, promovierte in Philosophie und habilitierte 1997 in Politikwissenschaft. Er lehrt an der TU Chemnitz und ist Mitarbeiter am Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung in Dresden. Der Text ist ein leicht bearbeiteter Auszug aus seinem Buch „Der böse gute Wille“ (editio Sonderwege, 202 S., 15,90 Euro).
Unter dem Titel Perspektiven veröffentlicht die SZ kontroverse Texte, die Denkanstöße geben und zur Diskussion anregen sollen.

Wer gegensteuern möchte, muss die Herrschaftsverhältnisse ändern.